



## Sachlicher Konsens und theologische Rückschritte

Zum aktuellen Stand des christlich-jüdischen Dialogs

VON MICHA BRUMLIK<sup>1</sup>

### *I. Historische Verantwortung und Umkehr – Bewegungen in Christen- und Judentum*

An der Neugestaltung dieses Verhältnisses ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht nur in Deutschland und auch nicht nur von protestantischer Seite gearbeitet worden. In den angelsächsischen und skandinavischen Ländern hat das Thema des Verhältnisses von Judentum und Christentum Theologie und Kirchen ebenso beschäftigt wie seit dem Zweiten Vatikanum die katholische Kirche. Davon zeugen nicht nur vielfältige theologische Arbeiten, Protokolle interkonfessioneller Arbeitsgruppen und Tagungen, nicht nur Handreichungen und Denkschriften, sondern eben auch kirchenamtliche Dokumente auf der Basis von Synodalbeschlüssen oder gar (in der katholischen Kirche) von Bischofskonferenzen und Konzilien. Zumal in Deutschland war diese Entwicklung Ausdruck der historisch-moralischen Krise des institutionalisierten Christentums nach dem Nationalsozialismus und dem meist von getauften Christen verübten Mord an sechs Millionen europäischer Juden. So hat der katholische Theologe Johann Baptist Metz schon vor Jahren seine Kollegen aufgefordert, künftighin keinen theologischen Satz mehr zu äußern, der nicht vor dem Faktum „Auschwitz“, d. h. der industriellen Massenvernichtung der europäischen Juden verantwortet werden könne. In diesem Appell geht es nicht nur um die historisch kaum noch bezweifelte Mitschuld der Kirchen am Schicksal der deutschen und europäischen Juden und zwar auch und gerade dort, wo sie sich nicht auf den neuheidnischen Judenhass der Nationalsozialisten

<sup>1</sup> Micha Brumlik ist Professor für Soziologie und Religionswissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

einließen, sondern treu zu den biblischen Schriften standen – etwa in breiten Kreisen der Bekennenden Kirche oder der katholischen Hierarchie – sondern vor allem um die systematischen Voraussetzungen dieser weitgehend mitleidlosen Haltung, nämlich dem christlichen Antijudaismus in seinen katholischen und protestantischen Spielarten sowie seinen möglicherweise neutestamentlichen und frühkirchlichen Wurzeln.

Nach Jahren der Bemühung von christlicher Seite antworteten schließlich 2002 eine Reihe jüdischer Theologen, darunter führende Persönlichkeiten vor allem des angelsächsischen, des US-amerikanischen Rabbinate mit einer in der New York Times publizierten, Aufsehen erregenden religionspolitischen Erklärung zum Christentum: „Dabru Emet“ – ein dem Propheten Maleachi entlehnter Imperativ, der in diesem Fall an die Mitglieder jüdischer Gemeinden gerichtet war: „Sprecht Wahrheit“ – nämlich über das Christentum. Die vor vier Jahren von mehr als zweihundert US-amerikanischen Rabbinerinnen und Rabbinern unterzeichnete Erklärung erregte zu Recht Aufmerksamkeit, sorgfältige Lektüre und genaue Kritik. Immerhin handelt es sich – unabhängig davon, für wie repräsentativ man eine solche Erklärung halten mag – um das erste Dokument, das jüdische Theologen der Neuzeit – sieht man von Ausnahmen wie Jacob Emden ab<sup>2</sup> – in einer über private Reflexionen hinausgehenden Weise zum Christentum verabschiedet haben.

Derzeit – mehr als fünf Jahre später – greift freilich, mindestens im deutschen Bereich aber auch weltweit, Ernüchterung um sich. So ist festzustellen, dass zwar auf der sachlichen und fachlichen Ebene erhebliche Einigungen und Konsense erzielt werden konnten, dass aber auf der theologischen und kirchenpolitischen Ebene deutliche Rückschritte zu verzeichnen sind – die mit „Dabru Emet“ ausgestreckte Hand nicht nur nicht angenommen, sondern regelrecht zurückgewiesen wurde. Im Folgenden sollen daher die sachlichen Konsense skizziert werden, um sodann an je einem prominenten protestantischen und katholischen Beispiel zu belegen, dass eine weitergehende Öffnung gegenüber dem Judentum im kirchlichen Bereich, und zwar nicht an seinen Rändern, sondern seinen Zentren Abwehr hervorruft.

---

<sup>2</sup> Seder Olam Rabbah Vezuta, nach. Chapter 1 of „*Jesus the Pharisee, A New Look at the Jewishness of Jesus*“, by Harvey Falk, 1985.

## *II. Theologische Forschung und sachlicher Konsens*

Bei der Frage nach den kirchlichen Wurzeln des Judenhasses waren und sind sowohl historische als auch systematische Fragen zu stellen und zu beantworten: Enthalten die neutestamentlichen Schriften tatsächlich judenfeindliche Äußerungen, waren mithin der entstehende christliche Glaube bzw. seine zentrale Gestalt, Jesus, sowie sein bekanntester historischer Gründer, Paulus, von ihren Absichten und Zielen, soweit aus den Schriften rekonstruierbar, Judenfeinde? Tritt im Christentum tatsächlich ein historisch neuer Gedanke auf den Plan, an dem gemessen das Judentum als Religion zu Recht als veraltet und überwunden gesehen werden kann? Haben die Entwicklungen der christlichen Konfessionen, namentlich der Katholizismus und der lutherische Protestantismus die feindselige Haltung von neutestamentlichen Autoren und Kirchenvätern soweit verschärft, dass sie schließlich dem modernen Rassenantisemitismus amalgamierbar waren? Stellt nicht die Suche nach den Wurzeln der nationalsozialistischen Judenvernichtung im kirchlichen Antijudaismus eine zwar national und moralisch gebotene Aufgabe, die aber letzten Endes die Frage nach den sachlichen Differenzen der beiden Religionen gar nicht entscheiden kann?

Sogar wenn mindestens für die christlichen Konfessionen in Deutschland gelten sollte, dass ihre historische Schuld systematische Wurzeln hat – ist nicht wenigstens einzugestehen, dass es sich hierbei um einen spezifischen historischen Kontext handelt, dessen Weiterungen nicht jenen Christen vor allem in den Ländern des Südens aufgebürdet werden dürfen, die seit Jahrhunderten unter den grausamen Kolonialisierungspraktiken Europas zu leiden hatten und nun den christlichen Glauben aus ihren eigenen Voraussetzungen als befreiende Botschaft erneuern?

Der gegenwärtige Stand des christlich-jüdischen Dialogs lässt sich nun – zumindest, was die deutsche Diskussion betrifft – so kennzeichnen, dass die historischen Fragen bezüglich der Judenfeindlichkeit der neutestamentlichen Schriften als weitgehend beantwortet gelten, während die so genannten sachlichen Differenzen ungelöst im Raume stehen. Als Konsens kann derzeit gelten, dass die neutestamentlichen Schriften schon alleine deshalb nicht antisemitisch sein können, da sie ausnahmslos von jüdischen Autoren verfasst wurden. Die Forschung konnte inzwischen zeigen, dass angefangen von den Selbstverfluchungen der Juden anlässlich der Auslieferung Jesu im Matthäusevangelium über die Verfluchung der Juden als Kinder des Satans im Johannesevangelium bis hin zu des Apostel Paulus Verfluchungen und Preisungen der Juden vor allem im Römerbrief, es sich

stets um Äußerungen jüdischer Autoren handelte, die ihrem Judentum eine radikalisierte Deutung geben wollten. Daraus folgt umgekehrt, dass die lange Zeit hochgehaltene Auffassung, dass Jesus überall dort besonders authentisch ist, wo er sich vermeintlich am weitesten vom Judentum entfernt hat, falsch sein muss. Der Grund dafür liegt in der Erkenntnis, dass das Judentum zur Zeit Jesu noch keinesfalls die Gestalt angenommen hat, die es inzwischen – seit der Zerstörung des Zweiten Tempels und dem Ende eines auch nur halbautonomen jüdischen Staats – die es als pharisäisches und rabbinisches Judentum trägt. Die Juden zur Zeitenwende pflogen eine Vielzahl von Glaubensweisen, Lebenspraxen und geschichtlichen Hoffnungen, unter denen Jesus und seine Lehre keineswegs in besonderer Weise hervorstachen – weder was seine Tätigkeit als Heiler, sein Verhältnis zu Frauen, seine Anrede von Gott als Vater oder seine scharfe Kultkritik betraf.

Tatsächlich ist davon auszugehen, dass das auf dem Pharisäismus aufbauende rabbinische Judentum historisch als die jüngere Religion zu gelten hat. Dass sich im römisch beherrschten Mittelmeerraum seit Beginn des zweiten Jahrhunderts rabbinisches Judentum sowie jüdische bzw. nicht-jüdische Jesusanhänger einen bitteren Konkurrenzkampf um die Duldung und Anerkennung der römisch-kaiserlichen Macht lieferten, der zunächst das rabbinische Judentum, bald aber und endgültig die Kirche als Sieger sah, belegt lediglich die alte sektensozioologische Einsicht, dass größte Nähe zu immer wütenderen Abgrenzungen führt.

Ob und wie groß diese Nähe in systematischer Hinsicht tatsächlich war, lässt sich – und hier ist ein weiterer Konsens zu vermerken – vor allem an den Aussagen des Apostel Paulus ablesen, der zwar einerseits im benannten Konkurrenzkampf Partei ergriff, aber ansonsten stets an der vorrangigen Dignität des Judentums festhielt, auch und gerade dort, wo es zu seinem Schmerz seine Christushoffnung, seine Auseinandersetzung mit der Tora als Kriterium der Sünde und seine universalistische Überbietung und Ausweitung des pharisäischen Gedankens nicht teilte. Indem der Apostel darauf hinweist, dass der jüdische Baum die christliche Wurzel trägt und daran erinnert, dass Gott die Treue zu seinem Volk aufrechterhält, hat er – wenn man so will – *avant la lettre* jedem christlichen Judenhass die Legitimität entzogen. Oder mindestens: selbst wenn Paulus einen neuen theologischen Gedanken gefasst hätte, hätte er größten Wert darauf gelegt, ihn ohne judenfeindliche Konsequenzen zu formulieren.

Dieser „neue“ Gedanke, wie ihn später – über den Kirchenvater Augustinus vermittelt – vor allem Martin Luther artikuliert hat, besteht in der Meinung, dass das Judentum entweder eine harte und kalte Religion des Gesetzes, der unbarmherzigen Normen und eines rachsüchtigen Gottes sei, derweil das Christentum den Glauben an Gottes unverdiente, verzeihende Liebe im Kreuzestod Jesu bezeuge. Dass diese Entgegensetzung weder mit den neutestamentlichen Schriften noch mit dem Text rabbinischer Gebetbücher zu belegen ist, darf als weiterer Konsens festgehalten werden. Damit rückt die Auseinandersetzung um die systematische Entgegensetzung von „Gesetz“ und „Evangelium“, wie sie Martin Luther gesehen hat, in den Mittelpunkt einer noch keineswegs beendeten, sondern erst in voller Wucht ausbrechende Auseinandersetzung.

Als Zwischenergebnis lässt sich festhalten, dass die neutestamentlichen Schriften nicht als antisemitisch gelten können, die Judenfeindlichkeit der Kirchen mit ihren oft mitleidslosen und grausamen Praktiken gegenüber den Juden von der späten Antike und dem hohen Mittelalter bis zum Nationalsozialismus nicht mehr in Zweifel gezogen, die innere Verbindung von christlichem „Grundgedanken“ und judenfeindlicher Praxis jedoch von der Mehrzahl mindestens der Universitätstheologen nach wie vor bestritten wird.

Damit ist nun die Ebene der über exegetische Fragen hinausgehenden theologisch-sachlichen Differenzen erreicht, bei denen es sehr viel weniger als allgemein angenommen um die Frage geht, ob nun die Person Jesu von Nazareth als Gottmensch anzusehen oder Gott dreifaltig ist, bzw. ob Jesus von den Juden als Messias anerkannt wird oder nicht. Ob nämlich Juden die eine oder andere Person als Messias anerkennen, könnte ein Grund für das „Auseinandergehen der Wege“ schon deshalb nicht gewesen sein, weil es innerhalb des jüdischen Volkes seit der Zeit Jesu immer wieder Messiasprätendenten gegeben hat.

Gewichtiger scheint die christlicher-, vor allem protestantischerseits beanspruchte systematische Differenz gemäß der von Martin Luther auf der Basis des Paulus vollendeten „Rechtfertigungslehre“ zu sein, nach der die Menschen sich als sittlich unfreie Wesen gerade dann am weitesten von Gott entfernen, wenn sie aufrichtig danach streben, Gottes Weisungen zu erfüllen. Erst über die Einsicht in die totale Abhängigkeit von Gottes Gnade, die sich im Opfertod Jesu erwies, gewinnen die Menschen jene Distanz von Sünde, Selbstüberforderung und Tod, die ihnen ein zu Gott, den Menschen und der Schöpfung befreites Verhältnis eröffnet. Dieser an

und für sich interessante theologische Gedanke wird indes dort, wo er mehr als nur eine unter mehreren möglichen Varianten eines denkbaren Gott-Mensch Verhältnisses behauptet und als unüberbietbarer Abschlussgedanke des in den alt- und neutestamentlichen Schriften enthaltenen Glauben an einen gerechten und gnädigen Gott präsentiert wird, imperialistisch und triumphalistisch. Er wiederholt genau dort, wo er sich vermeintlich am weitesten von primitiven judenfeindlichen Vorstellungen entfernt, exakt jene frühkirchliche Lehre, die anhand dieses Gedankens die Kirche für das neue Israel und die Juden sowie ihren Glauben an Gottes gute Weisung für ein historisch überholtes Heilshindernis ansah. Es waren und sind vor allem ausgerechnet hochrangige protestantische deutsche Theologen, die auf genau dieser Differenz beharren.

### *III. Der protestantische Rückfall – „Christlicher Glaube und nichtchristliche Religionen“*

Im Jahr 2003 verabschiedete die theologische Kammer der EKD unter dem nicht unproblematischen Titel „Christlicher Glaube und nichtchristliche Religionen“ theologische „Leitlinien“<sup>3</sup>, die es gläubigen evangelischen Christen besser ermöglichen sollten, mit Angehörigen anderer Religionen in Kontakt zu treten. Dort heißt es im Abschnitt 3.2. „Die Religionen und die Wahrheit“:

„Wahrheit ist im Verständnis des christlichen Glaubens nicht zuerst eine in Sätzen formulierte Richtigkeit. Wahrheit ist ein Ereignis, in dem das geschieht, worauf man sich schlechterdings verlassen kann. Nach christlichem Verständnis ereignet sich die Wahrheit in der Offenbarung des lebendigen, von der Sünde errettenden Gottes in Jesus Christus, der durch das Wirken des Heiligen Geistes den freimachenden Glauben schafft: Die Wahrheit rettet und heilt. Diese Wahrheit bezeugt die christliche Kirche, auch wenn sie sich auf andere Religionen bezieht. Für sie treten Christen ein, wenn sie Menschen anderer Religionen begegnen. Würden die Kirche und die Christen darauf verzichten, dann hätten sie im Grunde aufgehört, Kirche oder Christen zu sein. Denn das Zeugnis von dieser Wahrheit gehört unabdingbar zum christlichen Glauben selbst. Nur durch das Zeugnis des Glaubens kann die Christusgeschichte in der Welt bekannt gemacht wer-

<sup>3</sup> Christlicher Glaube und nichtchristliche Religionen – Theologische Leitlinien. Ein Beitrag der Kammer für Theologie der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover 2003, EKD-Texte 77.

den. Nur durch das Zeugnis des Glaubens vergegenwärtigt sich die rettende Wahrheit so, dass Glaube aufs Neue entsteht.“<sup>4</sup>

Das ausführliche Zitat aus dieser Denkschrift soll exemplarisch belegen, wie sich die unwahrscheinliche Verbindung zwischen einer auf Toleranz im Sinne wechselseitigen Respekts auf der Basis von Grund- und Menschenrechten hier mit einer Absolutheit, in dieser Sache ganz intolerantem Glaubensbekenntnis verbinden lässt. Letzten Endes beglaubigte die theologische Kammer der EKD auch noch im Jahr 2003 die unverbrüchliche Geltung des aus dem Evangelium des Matthäus abgeleiteten sog. Missionsbefehls, der implizit die absolute Wahrheit des christlichen Glaubens voraussetzt. Freilich stellt sich dieser Aufruf zum Bezeugen einer Wahrheit am Ende als weniger dramatisch dar, als es auf den ersten Blick scheinen könnte: „Es liegt nicht in der Hand der Christenheit,“ heißt es in der Denkschrift, „den Gegensatz der Religionen mit dem so verstandenen Bezeugen der Wahrheit aus der Welt zu schaffen. Nach evangelischem Verständnis wird vielmehr, wenn es zum interreligiösen Dialog kommt, um die Wahrheit, um die Vertretbarkeit der eigenen Glaubenseinsicht und der anderen religiösen Meinung in Freiheit zu streiten sein.“<sup>5</sup>

Um das Befremden zu verstehen, das diese grundsätzliche Äußerung nicht nur bei Juden, sondern auch bei christlichen, hier protestantischen Vertretern des jüdisch-christlichen Dialogs hervorgerufen hat, ist an eine beinahe zehn Jahre zurückliegende Begebenheit zu erinnern: 1999 kam es auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart zum Eklat. Die angesehene und traditionsreiche „Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen“ strich die Hälfte ihres Programms und drohte, ihre Mitarbeit ganz einzustellen, als sie von dem damaligen baden-württembergischen Landesrabbiner Joel Berger darüber informiert wurde, dass die württembergische Landeskirche eine Gruppe namens „Dienst an Israel“ finanziell unterstützte, die es sich zum Ziel gemacht hat, vor allem ethnisch-jüdische, dem Judentum in seiner religiösen Form weitestgehend entfremdete Personen zum Christentum zu bekehren. Der Landesrabbiner ging damals soweit, diese Anstrengungen als eine Fortsetzung des Holocaust mit anderen Mitteln zu bezeichnen. Ob diese zugespitzte Deutung haltbar ist, mag hier dahingestellt bleiben. Worum es jedoch sehr wohl ging, war die Frage, ob sich mit theologischen, mit rationalen Argumenten zeigen lässt, dass speziell diese Form der Mission nicht nur unfair, sondern der Sache nach über-

<sup>4</sup> A. a. O., 14.

<sup>5</sup> A. a. O., 16.

flüssig ist. Das zentrale Argument stammt von dem deutsch-jüdischen Philosophen Franz Rosenzweig, der 1913 unter Bezug auf das Johannes-evangelium schrieb: „Es kommt niemand zum Vater – anders aber wenn einer nicht mehr zum Vater zu kommen braucht, weil er schon bei ihm ist. Und dies ist nun der Fall des Volkes Israel (nicht des einzelnen Juden)“<sup>6</sup> – was nichts anderes bedeutet, dass gebürtige ethnische Juden der christlichen Verkündigung nicht bedürfen.

Dieser Auffassung vermochten sich 2003 die Verfasser/innen der theologischen Leitlinien noch nicht einmal auch nur zu nähern, heißt es doch dort, dass sichtbar werde, dass „andere Religionen aufgrund anderer religiöser Erfahrungen Jesus nicht als Ereignis der Wahrheit anzuerkennen vermögen, in dem sich die Rettung der ganzen Welt vollzogen hat und vollzieht. Die bleibend schmerzende Urform dieses Gegensatzes ist die Ablehnung Jesu Christi als entscheidendes, Menschen errettendes Ereignis im Judentum“.<sup>7</sup>

Ließe sich mit rationalen Argumenten darüber streiten, dass hier nicht Schmerz, sondern Freude angebracht wäre, nämlich darüber, dass sich der von Christen bekannte Gott einem Volk bereits zugewandt hat? Ist der bekundete Schmerz Ausdruck einer psychischen Verunsicherung, also eines Identitätsproblems oder Ausdruck einer begründeten theologischen Meinung. Diese Frage lässt sich hier nicht mehr beantworten – sie soll lediglich illustrieren, dass sich auf der Basis eines moralisch und politisch auf Respekt basierenden Toleranzverständnisses kontroverstheologische Debatten nicht nur führen lassen, sondern, dass sie womöglich der weiteren Selbstaufklärung der Religionen dienen können.

Wie heftig diese Fragen zumal den deutschen Protestantismus noch immer umtreiben, zeigt schließlich auch der Streit um die „Bibel in gerechter Sprache“, einer nur scheinbar philologischen Diskussion, die zumal auf dem letzten evangelischen Kirchentag 2007 in Köln mit aller Härte geführt wurde. Stein des Anstoßes ist die „Bibel in gerechter Sprache“, eine von zweiundfünfzig Theologinnen und Theologen vorgelegte Neuübersetzung des Alten und Neuen Testaments, die darauf zielt, die antijüdischen, soziale Ungerechtigkeiten verdeckenden und auch frauenfeindlichen Züge der Lutherübersetzung, jenes Herzstücks protestantischer Identität, wort- und sachgemäß zu korrigieren. Hatten sich die kirchenamtlichen Einwände der

<sup>6</sup> Franz Rosenzweig, *Die Schrift. Aufsätze, Übertragungen und Briefe*, Königstein 1976, 217.

<sup>7</sup> *Christlicher Glaube ... a. a. O.*, 14.

EKD und der beispiellos einseitigen Kampagne einer Frankfurter Tageszeitung bisher auf eine lächerlich gemachte „feministisch-korrekte“ Übersetzungsweise bezogen (z.B. schreibt die neue Bibelübersetzung „Apostel und Apostelinnen“, wo im griechischen Urtext nur von „Aposteln“ die Rede ist) so geht es jetzt, nach all diesen Scheinauseinandersetzungen um den Kern der Sache, zumal des lutherischen Bekenntnisses, um die sog. „Rechtfertigungslehre“, d.i. die Überzeugung, dass Gott den Menschen nicht um ihres Tuns oder Unterlassens wegen Gerechtigkeit widerfahren lässt, sondern alleine seiner Gnade und Barmherzigkeit willen.

Die Übersetzer und Übersetzerinnen der „Bibel in gerechter Sprache“ zeigten nun, dass der Apostel Paulus als Kronzeuge für diese Lesart der Rechtfertigungslehre nicht taugt. Damit öffneten sie den Weg zu einer weiteren, radikalen Erneuerung des jüdisch-christlichen Verhältnisses. Der entscheidende Vers heißt in der aktuellen Lutherbibel der Deutschen Bibelgesellschaft: „Heben wir denn das Gesetz auf durch den Glauben. Das sei ferne! Sondern wir richten das Gesetz auf.“ (Röm 3,31) Demgegenüber hieß es in der neuen Übersetzung des Römerbriefs: „Heißt das, dass wir die Tora durch das Vertrauen außer Kraft setzen? Ganz gewiß nicht. Vielmehr bestätigen wir die Geltung der Tora.“ In der Tat: jedes altgriechische Schulwörterbuch bestätigt, dass das griechische „Pistis“ auch mit „Vertrauen“ übersetzt werden kann. Nicht anders bei dem vorher, in der aktuellen, „offiziellen“ Übersetzung fett gedruckten Vers 28: „So halten wir nun dafür, dass der Mensch gerecht wird ohne des Gesetzes Werke, allein durch den Glauben“, während die neue Übersetzung wortgetreu schreibt: „Nach reiflicher Überlegung kommen wir zu dem Schluss, dass Menschen aufgrund von Vertrauen gerecht gesprochen werden – ohne dass schon alles geschafft wurde, was die Tora fordert.“ Wieder zeigt ein Blick in den griechischen Urtext wie tendenziös Luther übersetzt hat: von „allein“ findet sich dort kein Wort ... Das heißt aber: Was die lutherische Orthodoxie als jene Schrift ansieht, an der sich die Gläubigen zu bewähren haben, ist nicht mehr und nicht weniger als Martin Luthers keineswegs stimmige oder gar wortgetreue, wenn auch sprachgewaltige Übertragung.

Mit den Kirchen und ihren Diskussionen weniger vertraute Leser/innen werden ob solch vermeintlich haarspalterischer Debatten den Kopf schütteln; nimmt man indes zur Kenntnis, dass sowohl den Angehörigen des Übersetzungsteams sowie Laien aus der Kirchentagsbewegung, die die neue Übersetzung liturgisch verwenden wollen, öffentlich unterstellt wird, nicht mehr auf dem „Boden der reformatorischen Bekenntnisschriften“ zu

stehen, wird deutlich, dass in Kreisen des deutschen Protestantismus ein Kulturkampf beginnt. So erweist sich die mediengestützte Abwehrschlacht gegen die „Bibel in gerechter Sprache“ als Reflex einer durch die Globalisierung und die mit ihr einhergehende kulturelle Pluralisierung verunsicherten, sehr deutschen, Identitätsformation, die – wie schon bei des alten Luthers paranoiden Ausfällen gegen das Judentum und die „Judaisierer“ – am Ende eine kleine, erstaunte Frage provoziert: Wie es nämlich sein kann, dass der Glaube an einen gnädigen Gott soviel Angst, Wut und Aggression gegen jene entfacht, die doch nur der Auffassung sind, dass nach Gottes Willen die Menschen durch ihr Tun oder Unterlassen für ihr Heil mitverantwortlich sind.

Nach geleisteter historischer Aufklärung, erneuerter neutestamentlicher Exegese und der Einsicht der Kirchen in ihre moralische Verantwortung steht der christlich-jüdische Dialog inzwischen an einem Scheideweg, dessen eine Gabel in eine Sackgasse, die andere jedoch ins Offene einer seit zwei Jahrtausenden durch Missverständnis und Hass geprägten Verwundung führt. Dass die katholische Kirche mit demselben Problem zu kämpfen hat, zeigt die Debatte um das „*motu proprio*“, um die Neueinführung einer lateinischen Karfreitagmesse.

#### *IV. Der katholische Rückschritt: Benedikt XVI. und das „motu proprio“*

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat seit den ersten Monaten des Jahres 2008 die offiziellen Kontakte zur katholischen Kirche abgebrochen, eine Reihe jüdischer Referenten haben ihre Teilnahme am in Osnabrück stattfindenden Katholikentag abgesagt. Ursache all dessen ist ein auf den ersten Blick eher skurril wirkendes Detail. Nach längeren Diskussionen hat der gegenwärtige Papst, der als Josef Ratzinger geborene Benedikt XVI., eine Verfügung erlassen, wonach in der lateinischen Messe, die nur von den wenigsten Katholiken gefeiert wird, am Karfreitag folgendes Gebet gesagt wird, das sich in der autorisierten deutschen Übersetzung so liest:

„Lasst uns auch beten für die Juden. Dass unser Gott und Herr ihre Herzen erleuchte, damit sie Jesus Christus erkennen, den Heiland aller Menschen ...“

Die scheinbar harmlose Änderung markiert kirchenpolitisch einen schweren Rückschritt und erhärtet den Verdacht, dass der Papst einen Teil jener Fortschritte, die vor mehr als vierzig Jahren das II. Vatikanum erbrachte, rückabwickeln will. In den sechziger Jahren war – auf dem Wege

jener Rückbesinnung, die etwa Johann Baptist Metz vorgegeben hatte – der katholischen Kirche klar geworden, dass der kirchliche Antijudaismus mit zum Holocaust führte oder doch zumindest die weitgehende Entsolidarisierung mit den Verfolgten und Ermordeten in jener Zeit mit befördert hat. Daher haben sowohl das Zweite Vatikanum, Paul VI. aber vor allem Johannes Paul II, der als junger Mann während des Zweiten Weltkriegs in Polen das Schicksal seiner jüdischen Freunde miterleben musste, eine andere, nicht mehr feindliche Haltung gegenüber dem Judentum eingeschlagen, die sich zuerst in der von Paul VI. erneuerten normalen Karfreitagsliturgie niederschlug. Dort heißt es: „Lasst uns auch beten für die Juden, zu denen Gott, unser Herr, zuerst gesprochen hat: er bewahre sie in Treue in seinem Bund und in der Liebe zu seinem Namen, damit sie das Ziel erreichen, zu dem sein Ratschluss sie führen will.“

Der Karfreitag war für Juden während des ganzen hohen Mittelalters ein Tag der Schrecken: Aus Angst vor fanatisierten Massen, die den angeblich von den Juden getöteten Gottessohn rächen wollten, wurden die Ghettotore geschlossen, jüdische Würdenträger mussten sich nicht selten von den zuständigen Bischöfen eine demütigende, rituelle Ohrfeige verabreichen lassen, nicht selten auch kam es über Ostern tatsächlich zu Pogromen. In Erinnerung an diese Geschichte und auf der Basis skrupulöser theologischer Forschung hatten das II. Vatikanum und schließlich Johannes Paul II. jede Form des kirchlichen Antijudaismus aufgegeben und verurteilt – ein Prozess, der eine neue Seite im jüdisch-christlichen Dialog aufschlug und erstmals zu einer nicht mehr von Befürchtungen, sondern von Hoffnungen getragenen Haltung vieler jüdischer Geistlicher gegenüber dem katholischen Christentum geführt hat. Diese Hoffnungen sind zerstoßen und die zarten Grundlagen einer neuen Gemeinsamkeit zerstört. Auch haben sich alle verbliebenen Hoffnungen, es handele sich um Fehler oder Details, zerschlagen. Nachdem sich zudem im Frühjahr 2008 Kardinal Kasper, der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen und zudem für die Kontakte zum Judentum zuständig, förmlich zu der „Judenfürbitte“ bekannt hat, ist es nicht nur offiziell, sondern auch öffentlich: die katholische Kirche ist zu einem wenn auch der Form nach moderaten theologischen Antijudaismus zurückgekehrt und behauptet gegenüber dem Judentum triumphalistisch die Überlegenheit ihrer Wahrheit.

Damit ist nun allen bisherigen Anstrengungen und aller historischer Aufklärung zum Trotz – ein vorläufiges Ende des christlich-jüdischen, genauer des jüdisch-katholischen Dialogs erreicht. Solange die christlichen Konfes-

sionen auf je unterschiedliche Weise nicht dazu willens sind, über das Bedauern historisch verübter oder geduldeter Grausamkeiten zum Trotz ihren Überlegenheits- und Wahrheitsanspruch in Bezug auf das gemeinsame biblische Erbe zur Disposition zu stellen und diesem Erbe, wenn schon nicht den Vorrang, so doch mindestens absolute Gleichrangigkeit mit dem neutestamentlichen Zeugnis einzuräumen, ist nicht einsichtig, worüber in Zukunft noch ein ergebnisoffener Dialog geführt werden soll.

Warum dieser Rückfall nötig war, wird die Kirchenhistoriker noch lange beschäftigen, der Umstand, dass es ein ehemaliger Wehrmachtssoldat, ein deutscher Papst war, wird dabei gewiss keine geringe Rolle spielen. Vorerst ist jedenfalls nicht nur theologisches Porzellan zerschlagen, sondern mühsam erworbenes Vertrauen zerstört worden – nicht eben das, was man sich von einer Kirche der Liebe und Versöhnung erwartet hätte.

### *V ... und weiter?*

Es war Franz Rosenzweig, der auf den Spuren des Kirchenvaters Marcell von Ankyra die Spekulation gewagt hat, dass am Ende der Tage Jesus aufhören wird, der Christus und Israel, erwählt zu sein. Am 1. November 1913 schrieb er seinem Cousin Rudolf Ehrenberg: „Das Volk Israel, erwählt von seinem Vater, blickt starr über Welt und Geschichte hinüber auf jenen letzten, fernsten Punkt, wo dieser sein Vater, dieser selbe, der Eine und Einzige – ‚Alles in Allem‘! – sein wird. An diesem Punkt, wo Christus aufhört, der Herr zu sein, hört Israel auf, erwählt zu sein; an diesem Tage verliert Gott den Namen, mit dem ihn allein Israel anruft; Gott ist dann nicht mehr sein Gott.“ Mit dieser Überlegung schloss Franz Rosenzweig an Debatten der frühen Kirche an. So hat der weitgehend unbekannte frühchristliche Theologe Marcell von Ankyra schon im vierten Jahrhundert spekuliert, dass im Eschaton der fleischgewordene Logos die Königsherrschaft dem Gott und Vater übergeben und damit seine Fleischlichkeit abstreifen wird. Kurz: Auch am Ende der Zeiten gibt es für Juden nichts zu erkennen, was sie nicht heute schon wüssten: dass nämlich Gott einer ist! Ein Denken auf dieser Linie hätte für das ökumenische Gespräch besondere Konsequenzen. Solange die europäischen, die deutschen Kirchen nicht restlos bereit sind, auch gegenüber den jungen Kirchen des Südens in der Ökumene, davon Zeugnis abzulegen, dass sich der christliche Glaube ganz und gar dem Judentum verdankt und nicht gleichermaßen als universale und autonome Heilsbotschaft auf beliebigen anderen Religionen wie Ahnenkulten oder

hinduistischen Glaubensweisen aufsockeln kann, wird das Schuldbekenntnis gegenüber dem Sünden nur ein weiteres Mal für das Aufrechterhalten des Antijudaismus missbraucht.

Der sachlich gewiss richtige Hinweis, dass es zwar des Verbrechens des Holocaust bedurfte, um die mörderischen Implikationen kirchlicher Judenfeindschaft zu offenbaren, diese Judenfeindschaft jedoch nichts mit dem Kern des christlichen Glaubens zu tun habe, sondern lediglich Ausdruck individueller und kollektiver Fehlhandlungen, ideologisch verzerrter Missverständnisse des Glaubens im Rahmen staatlicher Herrschaft darstelle, stellt die letzte Bastion eines christlichen Triumphalismus dar, der seines eigenen Verhängnisses, der Judenfeindschaft, allen Schuldbekennnissen, Bußformeln und veränderten Agenden zum Trotz nicht wirklich inne geworden ist und auch noch heute, trotz ermutigender Anfänge in der zweiten Hälfte des Zwanzigsten Jahrhunderts hemmend wirkt.